

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 88 846 pabn d



Inhalt

Walter Polkehn MdB, Vorsitzender des Gesprächskreises Polen der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, zum Mord an dem polnischen Pfarrer Popieluszko: Eine Provokation gegen Regierung und Kirche.
Seite 1

Helmut Sieglerschmidt problematisiert die Immunität der Abgeordneten: Glaubwürdigkeit wieder herstellen.
Seite 2

Hans-Eberhard Dingels, Internationaler Sekretär beim Parteivorstand der SPD, zum Tod des nicaraguanischen Kommunikationsministers Dr. Enrique Schmidt Cuadra: Ein Freund ist von uns gegangen.
Seite 4

Dokumentation

Die AfA diskutierte mit den sowjetischen Gewerkschaften über die Folgen des Wettrüstens. Wir veröffentlichen die Thesen des AfA-Vorsitzenden, Rudolf Dreßler MdB,
(Teil II) Seite 5

39. Jahrgang / 214

6. November 1984

Zum Mord an Pfarrer Popieluszko

Mit dem Verbrechen sollten die Regierung und die Kirche Polens provoziert werden

Von Walter Polkehn MdB
Vorsitzender des Gesprächskreises Polen der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Viel ist zu dem Mord an dem polnischen Pfarrer Popieluszko kommentiert worden; Spekulationen, einiges Wahre (wenn die Wahrheit dieses Falles überhaupt aufgedeckt werden kann). Anzunehmen ist allerdings, daß der scheußliche Mord das Werk von Provokateuren ist.

Der Mord sollte die Regierung und die Führung der katholischen Kirche zur Kursänderung ihrer Politik bewegen. Zu jeweils härterem, auf Konfrontation zielenden Kurs.

Offenbar war für die Provokateure, wo immer sie stecken mögen, der Kurs der Regierung Jaruzelski - ein Kurs der Vernunft und des Bemühens um den gesellschaftlichen Dialog - ein Dorn im Auge.

Werden sie ihr Ziel erreichen? Ich glaube nicht. Die Anzeichen sprechen eher dafür, daß das Bemühen bei den Verantwortlichen um den so notwendigen Dialog verstärkt werden wird. Voraussetzung wird allerdings dafür sein, daß die verbotene Solidarnosc sich der politischen Realität Polens bewußt ist und nicht ein weiteres Mal durch überspitzte Demonstrationen den Dialog erschwert oder gar zunichte macht.

(-/6.11.1984/ks/rs)

Verlag:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 1

+ + +

Veranstaltungsbüro
mit verteilten Redaktionen
Rechts-Partner



Wie immun müssen Abgeordnete sein?

Ein Beitrag zur Wiederherstellung parlamentarischer Glaubwürdigkeit

Von Helmut Sieglerschmidt

Es ist verständlich, daß viele sich fragen, ob denn nun der Fall Barzel der einzige dieser Art war. Deshalb hat er - auch abgesehen von sonstigen unerfreulichen Tatsachen, die durch die Untersuchung der Flick-Affäre bekannt geworden sind und wohl noch bekannt werden - die politisch-moralische Glaubwürdigkeit der Parlamentarier und damit das Ansehen des Parlaments beschädigt. Der Antrag der SPD-Bundestagsfraktion, die Verhaltensregeln für Mitglieder des Deutschen Bundestages mit dem Ziele ihrer Verschärfung zu überprüfen, war politisch die richtige Antwort auf die Herausforderung, die durch die bekanntgewordenen Vorkommnisse entstanden war.

Eine Verschärfung dieser Verhaltensregeln im Sinne gläserner Taschen der Abgeordneten ist auch schon in den vergangenen Jahren mehrfach gefordert worden. Anlässlich der Schaffung solcher Verhaltensregeln für das Europäische Parlament habe ich vor etwa eineinhalb Jahren als Sprecher der Sozialistischen Fraktion die Offenlegung der Einkünfte und sonstiger finanzieller Interessen der Abgeordneten damit begründet, daß die Wähler einen Anspruch darauf haben, zu erfahren, woher die von ihnen Gewählten ihr Einkommen beziehen. Sie müßten sich ein Bild darüber machen können, inwieweit etwa das (finanzielle) Sein des Abgeordneten sein (politisches) Bewußtsein bestimmt, das heißt Einfluß auf seine politischen Entscheidungen haben könnte.

Die gegenwärtigen Diskussionen über den Vertrauensverlust für die Demokratie durch ungläubwürdiges Verhalten von Politikern kreisen vor allem um zwei Forderungen zur Abhilfe: umfassende Transparenz aller Vorgänge auf dem infragekommenden Gebiet und Gleichheit aller vor dem Gesetz, auch wenn die Verantwortlichen politischer Parteien oder andere politische Mandatsträger betroffen sind. Deshalb kam es zu dem Entrüstungsturm in der Öffentlichkeit gegen das von den Regierungsparteien geplante Amnestiegesetz. Das für die Demokratie und damit für uns alle lebenswichtige Vertrauen in die Integrität demokratischer Institutionen und der in ihnen tätigen Personen kann nicht durch Worte, sondern nur durch Taten wiederhergestellt werden, die den vorgenannten zwei Forderungen nachkommen. Die Forderung nach mehr Transparenz wird, wie schon erwähnt, durch Änderung der Verhaltensrichtlinien für Abgeordnete, wahrscheinlich aber auch durch Änderung des Parteiengesetzes (Einführung etwa von Sanktionen bei Gesetzesverstößen, die unterlassene Angaben über Großspender betreffen) verwirklicht werden müssen. Die Forderung nach Gleichheit aller vor dem Gesetz wird jedoch mindestens auch eine Überprüfung des geltenden Immunitätsrechtes für Abgeordnete erforderlich machen.

Artikel 46 des Grundgesetzes bestimmt, daß ein Abgeordneter wegen einer mit Strafe bedrohten Handlung nur mit Genehmigung des Bundestages zur Verantwortung gezogen oder verhaftet werden darf. Das gilt auch bereits für die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens wegen des Verdachts einer solchen Handlung. Die Herkunft dieser Bestimmung geht auf eine Zeit zurück, in der die Parlamente noch um ihre Rechte mit dem Landesherrn, dem König oder Großherzog, rangen. Die Befürchtung war damals berechtigt, daß der Fürst den Staatsanwalt Ermittlungsverfahren gegen Parlamentarier mit dem Ziele einleiten ließ, das Parlament zu schwächen, beziehungsweise durch Verhaftung von Abgeordneten arbeitsunfähig zu machen. Es war deshalb notwendig und ein Er-



folg des Parlamentarismus, daß schon die Reichsverfassung von 1871 eine Bestimmung enthielt, die fast den gleichen Wortlaut hat wie der Artikel 46 des Grundgesetzes.

Die Gewährleistung des parlamentarisch und gerichtlich kontrollierten Rechtsstaates durch das Grundgesetz und sein Ausbau in fünfunddreißig Jahren Bundesrepublik lassen jedoch das geltende Immunitätsrecht als überholt erscheinen. Dagegen muß der sogenannte Indemnitätsschutz bestehen bleiben. Er besagt, daß ein Abgeordneter zu keiner Zeit wegen seiner Abstimmung oder wegen einer Äußerung, die er im Bundestag oder einem seiner Ausschüsse getan hat, gerichtlich oder dienstlich verfolgt oder sonst außerhalb des Bundestages zur Verantwortung gezogen werden darf (Artikel 46, Absatz 1 des Grundgesetzes). Diese Bestimmung schützt allein die wirksame Ausübung des parlamentarischen Mandats und ist deshalb auch unter dem Gesichtspunkt der Gleichheit aller vor dem Gesetz gerechtfertigt.

In einer Erklärung zur Abstimmung habe ich dazu am 9. April dieses Jahres im Europäischen Parlament gesagt: "Ich möchte im übrigen dem neuen Parlament empfehlen, das Privileg der strafrechtlichen Immunität bis auf den Restbestand der Indemnität abzuschaffen. Es ist in der demokratischen Gesellschaft unserer Mitgliedstaaten überholt und gegenüber den Bürgern nicht zu rechtfertigen." Gegen diese Auffassung wird vor allem eingewandt, die Handhabung des Immunitätsschutzes in der Bundesrepublik führe zur Aufhebung der Immunität in allen Fällen, in denen es nicht um den Schutz der Indemnität gehe. Deshalb solle man das geltende Recht unbesorgt bestehen lassen, damit sein Schutzeffekt für das Parlament und seine Arbeit unter grundlegend veränderten politischen Bedingungen wirksam werden könne.

Zu diesen Einwänden ist zu sagen, daß sich eine politische Konstellation wie im Deutschland des 19. Jahrhunderts aller Voraussicht nach kaum wiederholen dürfte. Ein Machthaber aber, der nicht nur die Absicht hätte, rechtswidrige Strafverfolgung als politische Waffe gegen Parlament und Parlamentarier einzusetzen, sondern diese Absicht auch zu verwirklichen in der Lage wäre, würde sich wohl kaum durch den Artikel 46 des Grundgesetzes davon abschrecken lassen. Entfällt aber dieser Grund für die Aufrechterhaltung des Immunitätsschutzes, dann sollte der Bundestag gerade die jetzige Situation zum Anlaß nehmen, das bestehende Recht im Sinne der seit langen Jahren von ihm selbst praktizierten Beschränkung auf die Indemnität zu ändern. Dieser Schritt könnte dem Bundestag umso leichter fallen, als es andere Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft gibt, in denen seit langem so verfahren wird, ohne daß etwa das britische Unterhaus deswegen in seiner Arbeitsfähigkeit bedroht gewesen wäre.

(-/6.11.1984/ks/rs)

+ + +



Ein Freund ist von uns gegangen

Zum Tod des nicaraguanischen Kommunikationsministers Dr. Enrique Schmidt Cuadra

Von Hans-Eberhard Dingels

Internationaler Sekretär beim Parteivorstand der SPD

Die Nachricht vom Tod Enrique Schmidts erfüllt nicht nur die persönlichen Freunde des gefallenen nicaraguanischen Politikers mit Schmerz und Trauer, sondern ist auch für viele Sozialdemokraten, die ihm über viele Jahre hinaus durch tägliche Arbeit und viele gemeinsame Begegnungen verbunden waren, ein schwerer Schlag.

Enrique Schmidt, der in Köln studierte und als Vertreter der FSLN in der Bundesrepublik Deutschland für die Sache des sandinistischen Kampfes gegen den Diktator und Unterdrücker Somoza stritt, und der dabei durch die engagierte Art und Weise, wie er seine Bewegung vertrat, viel Sympathie für das kämpfende Nicaragua gewann, fand sehr bald guten und freundschaftlichen Kontakt zu vielen Mitgliedern in der SPD.

Ich habe Enrique Schmidt noch während des Befreiungskampfes gegen Somoza kennengelernt, und die vielen Stunden des Zusammenseins und der Gespräche, auch der kritischen Gespräche, haben uns zu Freunden werden lassen. Diesen Freund habe ich verloren; die SPD trauert mit den sandinistischen Compañeros, mit seiner tapferen Frau Maria Victoria, seinen Angehörigen und allen, die ihm verbunden waren und sind, um Enrique, der bei der Verteidigung seiner geliebten Heimat für die Ziele der sandinistischen Revolution fiel. Es gehört zum Wesen dieses Mannes, daß für ihn Ideale immer sehr konkret waren. So nimmt es nicht wunder, daß der Tod ihn ereilte, als er am Tag der Wahlen, an dem sein Volk über die Zukunft Nicaraguas abstimmte, das Leben von Kindern, die von faschistischen Contras bedroht wurden, zu retten versuchte.

Enrique Schmidt hat sich stets der Freiheit und der friedlichen Zukunft seines Landes verpflichtet gefühlt. Jetzt hat er das höchste Opfer, das ein Mensch bringen kann, gebracht. Ich verneige mich vor ihm. (-/6.11.1984/ks/rs)

+ + +



D O K U M E N T A T I O NSicherheitsfragen nicht den Experten überlassen (Teil II)

Der Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AfA), Rudolf Dreßler, hat am 29. Oktober 1984 in Moskau ein Seminar über die ökonomischen und sozialen Folgen des Wettrüstens mit folgenden Worten eröffnet (Veranstalter auf deutscher Seite war die Friedrich Ebert-Stiftung - auf sowjetischer Seite der Zentralrat der sowjetischen Gewerkschaften):

Unsere Logik sagt uns, daß wir nach den Menschen in Ost und West suchen müssen, deren Erfahrungen sie zu ähnlichen Schlüssen kommen läßt. Es ist deshalb kein Zufall, wenn wir als Vertreter der Arbeitnehmer in der SPD gerade das Gespräch mit den sowjetischen Gewerkschaften suchen. Denn auch hier hoffen wir auf Sympathie - und den Willen zur Durchsetzung - für unseren Gedanken, daß es zutiefst vernünftig wäre, die Rüstungskosten zu beschneiden und die so gewonnenen Mittel für die Arbeitnehmer und ihre Familien zu verwenden.

Wer über Sicherheit, über Frieden redet, der darf sich nicht auf die äußeren Aspekte beschränken. Es gibt auch den Teil der inneren Sicherheit, des inneren Friedens der zur Haltung der Völker gegenüber ihren Nachbarn beiträgt. Innere Sicherheit, innerer Frieden, damit meine ich die soziale Sicherheit des Menschen, die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums und seine Verwendung. Auch wenn man berücksichtigt, daß in der UdSSR die Verfügung über die Produktionsmittel anders organisiert ist als bei uns, so stellt sich doch die Frage

- nach der Verwendung des gesellschaftlichen Reichtums,
- nach den Folgen für die Beschaffung der Produktionsmittel bei einer starken Militarisierung der Produktion.

Der Blick in die Geschichte unseres Kontinents lehrt uns zu erkennen: Die Zahl und die Schärfe der Feindbilder steht in einem engen Verhältnis zum inneren Zustand eines Landes.

Vielleicht können wir im Verlauf unserer Gespräche auch die Frage diskutieren, ob die Legitimation neuer Rüstungsinvestitionen in Ost und West nicht auf ein "intaktes" Feindbild angewiesen ist? Und daran schließt sich eine weitere Frage an: Wie eigentlich würde ein in Ost und West mit Nachdruck gesteigertes Verlangen der Gewerkschaften nach einer Reduzierung der Rüstungsausgaben wirken?

Wenn wir nun zwei Tage über die sozialen und ökonomischen Folgen des Wettrüstens für die Arbeitnehmer reden, dann versuchen wir damit auch eine Debatte voranzutreiben, die leider nirgendwo sonst intensiv geführt wird. Vor allem die inneren Wirkungen der Hochrüstung werden allzuoft ausgeblendet.

Wir beginnen diese Diskussion hier in Moskau und wir werden sie mit den Gewerkschaften in den USA weiterführen. Denn es wäre eine Illusion zu glauben, von kleinen Ländern im Gefüge zwischen Ost und West könnte mehr ausgehen als ein Anstoß. Über viele Äußerungen von Politikern der derzeitigen Regierungsparteien in der Bundesrepublik Deutschland sind wir nicht übermäßig glücklich. Gleichwohl führt der Vorwurf des Revanchismus zu nichts.

- 1.) Weil er auch gegenüber der Bundesregierung überzogen ist, und
- 2.) weil es in der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland keine wirkliche Massengrundbasis für einen neuen Revanchismus gibt.

Auch dies ist ein Ergebnis der Entspannungspolitik der siebziger Jahre. Ich hielte es für sinnvoller an die positiven Erfahrungen mit dieser Politik zu appellieren.

Die Moskauer Verträge, unsere Ostpolitik, wollen wir weiterentwickeln und damit anknüpfen an die Begegnung von Willy Brandt und Leonid Breschnew in Oreanda:

- Die Entspannung auch auf den Bereich der Rüstung auszudehnen.
- Dabei war klar, daß dies keiner Seite einseitige Nachteile bringen darf.

(-/6.11.1984/bgy/ks/va)